



## Entwicklungspolitische

# Wahlprüfsteine

## zur Thüringer Landtagswahl 2019

Wir freuen uns über Ihre Antworten bis zum 02.10.2019 per E-Mail an: [t.straehnz@ewnt.org](mailto:t.straehnz@ewnt.org)

Bei Fragen zu unseren Wahlprüfsteinen können Sie sich gerne direkt an uns wenden. Besuchen Sie unsere Kampagne zur Wahl unter [www.wahlglokal-ewnt.org](http://www.wahlglokal-ewnt.org)



Eine Welt Netzwerk Thüringen e.V.  
Kochstraße 1a | 07745 Jena

Fon: +49 (0) 3641 22 49 950

E-Mail: [buero@ewnt.org](mailto:buero@ewnt.org)

Web: [www.ewnt.org](http://www.ewnt.org)

1

**ENTWICKLUNGSPOLITISCHE  
VERANTWORTUNG UND GESTALTUNG  
EINER POLITIK  
IM SINNE GLOBAL  
NACHHALTIGER ENTWICKLUNG**



Auf Grund der immer enger werdenden Verflechtungen und Abhängigkeiten zwischen den Industrienationen des globalen Nordens und den sogenannten Entwicklungsländern im globalen Süden<sup>1</sup>, kommt der Entwicklungspolitik eine wichtige Rolle für eine global nachhaltige Entwicklung zu. Dies wird auch durch die Forderung nach einer globalen Partnerschaft für die universellen und die ganze Welt betreffenden 17 nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) der Agenda 2030<sup>2</sup> deutlich. Nicht nur der Bund, auch die Länder sind dabei wichtige Akteure: „aufgrund ihrer Zuständigkeiten, lokalen Expertise und ihrer Nähe zu wichtigen Akteuren sowie ihrer jahrelangen Erfahrungen mit der Umsetzung von Nachhaltigkeits- und Entwicklungspolitik auf sub-nationaler Ebene ist ihr Beitrag wichtig und notwendig, um den Bund bei Maßnahmen zur Umsetzung der 2030-Agenda zu unterstützen.“<sup>3</sup> Auch die Ministerpräsidentenkonferenz konstatiert: „Die Länder haben bereits in der Vergangenheit einen wichtigen Beitrag zum Nachhaltigkeitsprozess und zur Erreichung der bisherigen Millennium Development Goals geleistet. Sie sind gewillt, dies mit Blick auf die Umsetzung der SDGs in Deutschland und auch im internationalen Kontext fortzuführen.“<sup>4</sup>

„Seit 1996 bekennt sich der Freistaat Thüringen mit den „Leitlinien der Thüringer Entwicklungszusammenarbeit“ zu seiner entwicklungspolitischen Verantwortung und zur Gestaltung einer Politik im Sinne global nachhaltiger Entwicklung<sup>5</sup> und 2018 wurden diese Leitlinien gemeinsam mit Thüringer entwicklungspolitischen Akteur\*innen fortgeschrieben. Diese Leitlinien sollen das „Bemühen, das Thema Entwicklungspolitik stärker in der Landespolitik zu verankern und politische Planungsprozesse auf die Ziele der ‚Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung‘ der Vereinten Nationen auszurichten<sup>6</sup>“ widerspiegeln.

Dieses regelmäßig erneuerte und erweiterte Bekenntnis der Landesregierung(en) und des Thüringer Landtages zu einer global nachhaltigen Politik in Thüringen<sup>7</sup> spiegelt sich jedoch andererseits nicht in den – auch für die Bundesländer verpflichteten – öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit, die als Official Development Assistance (ODA) bezeichnet werden, wider<sup>8</sup>. Im Zeitraum 2012–2017 war Thüringen bei den ODA-Leistungen ohne Studienplatzkosten mit 121.000 EURO (2017) Schlusslicht und bei den ODA-Leistungen mit Studienplatzkosten mit 32,3 Mio. EURO (2017) auf Platz 10 im Gesamtvergleich der Länder. Diese Ausgaben entsprachen 2017 rund 0,05 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP von Thüringen 2017: 62,1 Mrd. EURO<sup>9</sup>). Bezogen auf die Bevölkerungszahl leistet Thüringen bei den Studienplatzkosten für Studierende aus Ländern des globalen Südens einen vergleichsweise guten Beitrag, bei den ODA-Leistungen im engeren Sinne wäre allerdings eine Zielmarke von mind. 250.000 EURO vergleichbar mit den anderen Bundesländern. Für die Einhaltung des sogenannten 0,7 % Ziels wären 2017 in Thüringen ODA-Leistungen von 435 Mio. EURO nötig gewesen.

**WIR FRAGEN SIE DAHER:**

1. Wird sich das BGE nach der Landtagswahl dafür einsetzen, dass die Entwicklungspolitischen Leitlinien Thüringens und der Beschluss des Thüringer Landtags vom 01.02.2019 *Global nachhaltige Entwicklung in Thüringen stärken*<sup>10</sup> umgesetzt werden?  
*Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?*
  
2. Wird sich das BGE nach der Landtagswahl dafür einsetzen, dass Partnerschaften des Freistaats Thüringen, der Thüringer Kommunen und der Zivilgesellschaft mit Regionen und Kommunen im globalen Süden<sup>11</sup> auf- und ausgebaut sowie die zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen der Thüringer Entwicklungspartnerschaften gestärkt werden?  
*Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?*
  
3. Wird sich das BGE nach der Landtagswahl dafür einsetzen, dass bis 2024 die ODA-Leistungen Thüringens auf 0,7 % erhöht werden?  
*Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?*

2

## BILDUNG FÜR GLOBALE BÜRGER\*INNEN



Die globale Gesellschaft verantwortungsvoll für die eigene und für die nachfolgenden Generationen zu gestalten – dazu tragen die Bildungskonzepte des Globalen Lernens und der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) bei. Globales Lernen und BNE sind im SDG 4.7<sup>12</sup> Bestandteil der Agenda 2030 und im UNESCO Global Action Programme on Education for Sustainable Development oder der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie verankert.

Auch in Thüringen finden seit über 25 Jahren Bildungsveranstaltungen des Globalen Lernens und der BNE in Kindergärten, Schulen, Hochschulen und anderen Bildungsinstitutionen statt. Diese werden meist vom EWNT und seinen Mitgliedern sowie zahlreichen anderen zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen angeboten, die zum Teil in der Landesarbeitsgemeinschaft Bildung für nachhaltige Entwicklung Thüringen zusammengeschlossen sind.<sup>13</sup> Qualitativ hochwertige Bildungsarbeit benötigt professionelle Rahmenbedingungen, regelmäßigen Austausch und Vernetzung sowie Qualifizierungsangebote und kann daher nicht im Ehrenamt allein geleistet werden. Das bundesweite Eine Welt-Promotor\*innen-Programm<sup>14</sup>, an dem sich der Freistaat Thüringen seit 2016 beteiligt, bietet diesen Rahmen. Doch bedarf es neben einem Ausbau des Programms auf mögliche fünf Vollzeitstellen eine zuverlässige finanzielle Förderung für die Durchführung von Veranstaltungen des Globalen Lernens und BNE. Nur so lässt sich den Erwartungen an die Bildungsarbeit, eine zentrale Rolle beim gesellschaftlichen Wandel für eine nachhaltige Entwicklung zu spielen, auch finanziell Rechnung tragen.

Bildung als Schlüssel zur einer global nachhaltigen Entwicklung ist eine der zentralen Kernkompetenzen der Länder. Daher bekannte sich der Thüringer Landtag und die Thüringer Landesregierung wiederholt zur Umsetzung von Globalem Lernen und BNE – so auch mit der Erarbeitung eines Thüringer Aktionsplan „Bildung für Nachhaltige Entwicklung 2015–2019 (ThAp BNE)<sup>15</sup>. Dieser Aktionsplan, der aufzeigen soll, „wie BNE in den unterschiedlichen Bildungsbereichen bisher verankert wurde“ enthält ebenso „Schlussfolgerungen aus den bisherigen Aktivitäten [...], um damit Empfehlungen für künftige Vorhaben geben zu können“. Für die künftige Ausrichtung und institutionelle Einbindung von Globalem Lernen und BNE in Thüringen soll die Zusammenarbeit von Landesregierung und Zivilgesellschaft bei der Erarbeitung des ThAp BNE fortgeführt werden und die bisherigen Schlussfolgerungen in einen Aktionsplan BNE 2020–2024 einfließen.

### WIR FRAGEN SIE DAHER:

4. Wird sich das BGE nach der Landtagswahl dafür einsetzen, dass die Thüringer Eine Welt-Vereine mit einem „Landesförderprogramm Globales Lernen und BNE“ gestärkt werden und wird sich die BGE für die Fortführung und den Ausbau des Eine Welt-Promotor\*innen-Programms einsetzen?

*Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?*

5. Wird sich das BGE nach der Landtagswahl für einen weiteren Thüringer Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung 2020–2024, der gemeinsam mit der Zivilgesellschaft erarbeitet wird einsetzen? *Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?*

3

## WIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG



Im Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte heißt es: „Die verantwortungsvolle Gestaltung einer nachhaltigen und erfolgreichen Weltwirtschaft ist für Deutschland von besonderer Bedeutung. Wenige Staaten sind wirtschaftlich so stark international vernetzt wie die Bundesrepublik Deutschland. [...] Die zunehmende Vernetzung deutscher Unternehmen in globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten bietet dabei Chancen und Herausforderungen zugleich: neue Märkte und Produktionsstätten werden erschlossen und so Arbeitsplätze und Wohlstand geschaffen. Dabei können aber auch Risiken durch Intransparenz und die oft mangelhafte Durchsetzung von Menschenrechten, Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards entlang der Liefer- und Wertschöpfungsketten global agierender Unternehmen entstehen. Dies gilt insbesondere für die Produktion in Entwicklungs- und Schwellenländern, aber auch in Deutschland.“<sup>16</sup> Das freiwillige Engagement von Unternehmen hat bisher jedoch nicht ausgereicht, um ökologische, soziale und menschenrechtliche Standards im Zusammenhang mit ihrer Geschäftstätigkeit wirksam durchzusetzen, weshalb es ordnungspolitische Maßnahmen, aber auch Marktanreize braucht.

Hierbei kommt auch den Ländern eine spezifische Verantwortung bei der Gestaltung einer verantwortungsvollen Wirtschaftspolitik im Sinne global nachhaltiger Entwicklung zu. So verfügt die öffentliche Hand mit einem Anteil von mindestens 16 % des BIP<sup>17</sup> über einen wirksamen Hebel, um eine ökologisch und sozial verantwortliche Produktion voranzubringen. In Thüringen wurden, in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Normen der EU und des Bundes, in dem 2019 verabschiedeten „Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes und anderer haushaltsrechtlicher Vorschriften“<sup>18</sup> die fakultativen Regelungen zur Berücksichtigung umweltbezogener und sozialer Aspekte beibehalten. Das bedeutet, dass die Landesregierung und -behörden, aber auch Kommunen ihre Ausschreibungen so gestalten dürfen, dass für Kinderarbeit, moderne Sklaverei, sexuelle Ausbeutung, Lohndumping oder die Verwehrung demokratische Mitbestimmung am Arbeitsplatz keine öffentlichen Gelder verwendet werden. Trotz dieser bereits seit 2011 bestehenden fakultativen Regelung haben lediglich rund 41 % der Thüringer Kommunen bei mindestens einer Beschaffung ökologische und/oder soziale Kriterien bei der Vergabe berücksichtigt.<sup>19</sup> Verlässliche Zahlen zur Beschaffung durch die Landesregierung und -behörden liegen nicht vor, aber es gibt bisher auch keine Verwaltungsvorschriften, oder Leitfäden zur nachhaltigen Beschaffungen wie in anderen Ländern.<sup>20</sup> Dabei könnte gerade hier der Freistaat Thüringen eine strategische Steuerungsfunktion und Vorbildfunktion zur Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 - insbesondere des SDG 12.7<sup>21</sup> einnehmen.

Im letzten Sonderbericht „Klimawandel und Landsysteme“ des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) haben die Wissenschaftler des Weltklimarats gezeigt, wie sich unsere Landnutzung auf Treibhausgasemissionen und Klimasystem auswirken, aber auch, wie wir der Erderwärmung am geeignetsten entgegenwirken können. „Nachhaltiges Landmanagement, einschließlich nachhaltiger Forstwirtschaft, kann Landdegradierung verhindern und verringern, die Produktivität von Landsystemen aufrechterhalten und manchmal die negativen Folgen des Klimawandels auf die Landdegradierung umkehren“, heißt es in dem Bericht. Weiter: „Das gesamte technische Minderungspotenzial aus Ackerbau und Tierhaltung sowie der Agroforstwirtschaft wird auf 2,3-9,6 Gt CO<sub>2</sub> Äq pro Jahr bis 2050 beziffert.“ Dies wäre weit mehr als Deutschland pro Jahr an Treibhausgas-Emissionen ausstößt.<sup>23</sup> Doch auch auf den Erhalt der weltweiten Biodiversität und die Vertreibung von Ackerland von Kleinbäuer\*innen (sog. „Landgrabbing“<sup>24</sup>) durch Landspekulation wird durch heimische Landwirtschaft und Agrarimporte beeinflusst.<sup>25</sup>

### WIR FRAGEN SIE DAHER:

6. Wird sich das BGE nach der Landtagswahl für eine 100 % transparente faire und ökologische Beschaffung der Thüringer Landesregierung bis 2024 einsetzen?

*Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?*

7. Wird sich das BGE nach der Landtagswahl dafür einsetzen, dass die ökologische Landwirtschaft ausgebaut und sich die Landesregierung gegen Landgrabbing in Thüringen und im globalen Süden engagiert? *Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?*

4

**MENSCHENRECHTE,  
DEMOKRATIE  
UND TEILHABE**



Mit dem SDG 16<sup>26</sup> wurde Frieden, gesellschaftliche Entwicklung und gute Regierungsführung als ein Bestandteil global nachhaltiger Entwicklung von der internationalen Staatengemeinschaft gewürdigt und anerkannt, dass echte nachhaltige Entwicklung „ohne Fortschritte in den Bereichen guter Regierungsführung und Frieden nicht möglich ist.“<sup>27</sup> Das „SDG 16 ist für die globale, 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung‘ von herausgehobener Bedeutung. Viele Länder haben lange gezögert einzugestehen, dass schlechte Regierungsführung Konflikte anheizt und Entwicklung behindert.“<sup>28</sup> Darüber hinaus sind auch in Deutschland bürgerschaftliches Engagement und Mitwirkung für Akzeptanz und das Gelingen von Entwicklungspolitik und Nachhaltigkeit wichtig, da „der Schlüssel zur Ausweitung des Engagements [für die Agenda 2030, EWNT] folglich in einer Erhöhung der Selbstwirksamkeit liegen [könnte], indem der Bevölkerung konkrete Einflussmöglichkeiten auf eine nachhaltige Entwicklung aufgezeigt werden.“<sup>29</sup> Wenn gesellschaftliche Ordnung sich in einem „DIE da oben“ in Abgrenzung zu einem „WIR hier unten“ manifestiert und Mitbestimmung und Selbstwirksamkeitserfahrung nicht erlebt werden, ist eine Reflektion eigener Verantwortung und Übernahme von Verantwortung für eine gesellschaftliche Transformation im Sinne nachhaltiger Entwicklung kaum möglich. Doch Mitbestimmung und Teilhabe sind keine Einbahnstraßen und müssen ermöglicht, gewollt und erlernt werden. Dies ist ganz im Sinne des SDG 16.7, das fordert, dass die Entscheidungsfindung auf allen Ebenen bedarfsorientiert, inklusiv, partizipatorisch und repräsentativ ist.

Thüringen hat sich in seiner Verfassung im Artikel 1 zur Unantastbarkeit der Würde des Menschen und klar gegen Diskriminierung bekannt. Im Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit heißt es zudem: „Zu den zentralen Werten einer demokratischen Gesellschaft gehören die Gleichwertigkeit aller Menschen und ihr Recht auf Unversehrtheit. Diskriminierende Einstellungen und Verhaltensweisen zu Menschengruppen mit unterschiedlicher sozialer, kultureller, religiöser, ethnischer und geschlechtlicher Orientierung stellen als Ungleichwertigkeitsvorstellungen die demokratische Gesellschaft in ihren Grundfesten in Frage.“<sup>30</sup> Dennoch wird Diversität, also ethnische, kulturelle und soziale Vielfalt in Thüringen als „konfliktreich und problembehaftet wahrgenommen.“<sup>31</sup> Vorurteile und abwertende Aussagen über Menschen, die als „Anders“ erlebt werden, finden sich in weiten Teilen der Bevölkerung, ohne dass sich dabei ein Zusammenhang zwischen dieser Ablehnung bzw. einem Ethnozentrismus und dem sozioökonomischen Status finden ließe. Vielmehr vermuten die Autor\*innen des Thüringenmonitors eine „starke kulturelle Verankerung von Ideologien der Ungleichwertigkeit.“<sup>32</sup> Es bedarf daher einer Prävention gegen Rassismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Neo-Nationalsozialismus durch gezielte Aufklärung und Bildung.

**WIR FRAGEN SIE DAHER:**

8. Wird sich das BGE nach der Landtagswahl für den Ausbau partizipativer Prozesse auf Landes- und kommunaler Ebene einsetzen?

*Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?*

9. Wird sich das BGE nach der Landtagswahl für Weltoffenheit, Dialogfähigkeit und Toleranz in Thüringen einsetzen und Menschenrechts-, Demokratie- und transkulturelle Bildung in allen staatlichen Bereichen etablieren?

*Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?*

5

KLIMA  
UND  
UMWELT



Mit der Basler Konvention<sup>33</sup> wurde bereits 1992 ein internationales Umweltabkommen für ein umweltgerechtes Abfallmanagement und die Kontrolle des Export gefährlicher Abfälle eingeführt. Auch Deutschland gehört seit 1995 zu den Unterzeichnerstaaten und das Basler Abkommen wurde in EU und nationale Gesetzgebung integriert. Dennoch werden auch aus Deutschland Plastikmüll und Elektroschrott in Länder des globalen Südens illegal exportiert und in Deutschland als recycelt deklariert, obwohl Müll aus Deutschland laut Gesetz nur ins Ausland gelangen darf, wenn er dort verwertet wird. Doch wird die Verwertung in den Importländern nicht immer gewährleistet: Die eingeführten Abfälle werden häufig nicht ordnungsgemäß verarbeitet, sondern meist unreguliert abgelagert oder verbrannt.<sup>34</sup> Dies hat nicht nur Folgen für die Umwelt, sondern auch drastische Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen, die auf den Deponien arbeiten. Dazu gehören beispielsweise Geburtenkomplikationen oder Wachstumsstörungen.<sup>35</sup> Die Exportregelungen des Basler Abkommens wurden 2019 durch verpflichtende Angabe von Inhaltsstoffen und Vorsortierung des Mülls sowie die Unterstützung der Importstaaten beim Recycling durch die Erzeugerländer verschärft. Das Ziel sollte es dennoch sein, Müllexporte aus der EU zu verbieten und nach der Formel *reduce - reuse - recycle* (Reduzieren, Wiederverwenden, Recyceln) Müll nicht mehr entstehen zu lassen.

Europa hat eine wichtige Rolle für den globalen Klimaschutz sowie zur Anpassung an die globalen Folgen der Erderwärmung, da die EU auf Rang drei (nach China und den USA) der Verursacher für den jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß steht.<sup>36</sup> Um die weltweiten Folgen des Klimawandels abzumildern, einigte sich die Weltgemeinschaft auf der UN-Klimakonferenz in Paris 2015 darauf, die Erderwärmung auf deutlich unter 2° Celsius – möglichst 1,5° Celsius – zu begrenzen. Laut des IPCC Sonderberichts vom Oktober 2018 „können noch knapp 420 Gigatonnen (Gt) CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre abgegeben werden, um das 1,5-Grad-Ziel nicht zu verfehlen. Da die Welt jedoch jedes Jahr circa 42 Gt an CO<sub>2</sub> ausstößt – rechnerisch entspricht dies 1332 Tonnen pro Sekunde – dürfte dieses Budget in gut neun Jahren aufgebraucht sein.“<sup>37</sup> Thüringen hat sich mit seiner integrierten Thüringer Energie- und Klimaschutzstrategie dazu bekannt, „dass Thüringen seinen Beitrag zur Erreichung des international anerkannten Zwei-Grad-Ziels leisten muss. [...] Zu diesem Zweck zielt die Landesregierung darauf, die Treibhausgasemissionen in Thüringen zu verringern und eine erfolgreiche Energiewende zu gestalten, die dezentral, regional und regenerativ ist.“<sup>38</sup> Die zusätzliche Inves-

titionen in den Klimaschutz sollen sich vor allem auf Energieeffizienzmaßnahmen, und den Ausbau erneuerbarer Energien konzentrieren. Doch Energieeffizienz allein wird nicht ausreichen, um die Erderwärmung aufzuhalten<sup>39</sup>, sondern es braucht konkrete Maßnahmen zu ambitionierter Emissionsreduktion in allen Bereichen. Dazu gehört die Transformation der Infrastruktur von Stromnetzen und Verkehr aber auch eine alternative echt CO<sub>2</sub>-neutrale Wirtschafts- und Produktionsweise.

WIR FRAGEN SIE DAHER:

10. Wird sich das BGE nach der Landtagswahl dafür einsetzen, dass in Thüringen, Deutschland und der EU Maßnahmen zum Exportstopp und zur Reduzierung von Plastikmüll und Elektroschrott eingeführt werden?

*Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?*

11. Wird sich das BGE nach der Landtagswahl für die konsequente Umsetzung der Pariser Klimaziele auf Landesebene und Einhaltung des Thüringer Klimagesetzes einsetzen? *Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?*

6

## MIGRATION UND ENTWICKLUNG



Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Migration und Flucht wird – nicht nur in Thüringen – meist mit dem Schwerpunkt auf Probleme, Herausforderungen oder dem gesellschaftlichen Nutzen bzw. Potentialen geführt. Doch Migration ist zuerst einmal nichts anderes, als dass „eine Person ihren Lebensmittelpunkt räumlich verlegt“<sup>40</sup> und daher menschliche Normalität. Auch internationale Migration<sup>41</sup> ist keine Erscheinung der Gegenwart, auch wenn noch nie „weltweit so viele Menschen bereit, aufgrund von Kriegen, ökologischen Veränderungen, Bürgerkriegen und anderen Bedrohungen gezwungen und aufgrund der technologisch bedingten Veränderungen von Raum und Zeit in der Lage [waren], ihren Arbeits- oder Lebensmittelpunkt [...] zu verändern“<sup>42</sup>. Während für viele Menschen im globalen Norden Urlaub, Studium, Arbeit oder Ruhestand im Ausland nichts Ungewöhnliches sind und je nach Lebenssituation als Notwendigkeit oder als Beitrag zur Selbstverwirklichung betrachtet werden, werden diese Privilegien vielen Menschen im globalen Süden nicht eingeräumt. Und so werden, „während innerhalb Europas die Grenzen mehr und mehr durchlässig werden [...], die Außengrenzen schärfer gezogen.“<sup>43</sup> Die Einsicht, dass Deutschland eine Migrationsgesellschaft ist, steht somit – trotz einer lang in die deutsche Geschichte zurückreichenden Aus- und Einwanderungstradition – noch aus. Doch nur so lässt sich eine selbstbewusste gesellschaftspolitische Diskussion um Zuwanderung, Integration und Teilhabe jenseits von Polemik und dem Bedienen von rassistischen Ressentiments führen. „Dazu zählt ebenso die Einsicht, dass heute vorherrschende globale Ungleichheiten und die globalen Ursachen für Migration und Flucht ebenso Folgen und historisches Erbe (neo-)kolonialer Konstellationen zwischen Globalem Norden und Globalem Süden sind.“<sup>44</sup>

Diese globalen Ursachen heißen Armut, Hunger, sexuelle Ausbeutung, moderne Sklaverei, Umweltzerstörung oder auch Krieg, Folter und Vertreibung, weshalb täglich mehr als 37.000 Menschen ihre Heimat verlassen und sich Ende 2018 weltweit über 70,8 Millionen Menschen auf der Flucht befanden.<sup>45</sup> Obwohl Deutschland mit 1,1 Millionen aufgenommenen geflüchteten und asylsuchenden Menschen zu den fünf Hauptaufnahmeländern gehört, leben die meisten geflüchteten Menschen in den Nachbarländern ihrer Heimatstaaten – auf Grund der geografischen Nähe, aber insbesondere der Tatsache, dass Europa und die USA ihre Grenzen aufrüsten und sich abschotten. Meist sind dies Länder, die selbst unter politischer und gesellschaftlicher Instabilität leiden, die eine geringe Wirtschaftsleistung haben und/oder in denen Migrant\*innen diskriminiert, gefoltert oder ausgebeutet werden.<sup>46</sup> Eine Verbesserung dieser Situation, oder „eine Verbesserung der Situation für die betroffenen Menschen in ihren Herkunftsländern ist derzeit nicht abzusehen“.<sup>47</sup> Deshalb dürfen Migration und Flucht in die EU sowie nach Deutschland nicht kriminalisiert werden und das Menschenrecht auf Asyl muss geachtet werden.

### WIR FRAGEN SIE DAHER:

12. Wird sich das BGE nach der Landtagswahl dafür einsetzen, dass die Grundprinzipien des globalen Migrationspakts<sup>48</sup> in Deutschland und Thüringen umgesetzt werden?  
*Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?*

13. Wird sich das BGE nach der Landtagswahl dafür einsetzen, dass sichere und legale Fluchtrouten für Migrant\*innen und Geflüchtete etabliert werden? Werden Sie sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass Unterkünfte, Sicherheit, Wasser- und Nahrungsmittelversorgung in Ländern des globalen Südens verbessert werden und das eine Abschiebung von Geflüchteten in diese Länder verhindert wird?  
*Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?*



## ZUM VEREIN

Das Eine Welt Netzwerk Thüringen (EWNT) ist das entwicklungspolitische Landesnetzwerk Thüringens und der zentrale Akteur für entwicklungspolitische Themen und Fragestellungen in Thüringen. Es gründete sich 2005 als Nachfolger des Entwicklungspolitischen Runden Tisches Thüringen und hat zurzeit rund 40 Mitglieder, die sich als Vereine, Initiativen oder Einzelpersonen für die Eine Welt Arbeit in Thüringen engagieren.

## SELBSTVERSTÄNDNIS...

### ... unserer Arbeit

Wir setzen uns für weltweite Gerechtigkeit und global nachhaltige Entwicklung ein.

Als entwicklungspolitisches Landesnetzwerk leisten wir dazu gemeinwohlorientiert mit Bildungs-, Informations- und Netzwerkarbeit einen Beitrag und verstehen uns als Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft und Politik.

Damit stärken wir die Akteure der Thüringer Eine Welt-Arbeit, machen zivilgesellschaftliches Engagement sichtbar, fördern aktive gesellschaftliche Teilhabe und sensibilisieren Menschen für entwicklungspolitische Fragestellungen.

In Thüringen, bundes- und europaweit sowie international vertreten wir die Interessen unserer Mitgliedschaft, kooperieren mit zahlreichen Partnern und gestalten somit gemeinsam verantwortungsvoll gesellschaftlichen Wandel.

### ... unserer konzeptionellen Grundlage

Wir betrachten nachhaltige Entwicklung als einen systemischen Denk- und Handlungsansatz, deren Bezugspunkt der Mensch in seinen mittel- und unmittelbaren Beziehungen ist.

Entwicklung ist dabei der Prozess einer gesellschaftlichen Transformation, deren Ziel es ist, die fünf Handlungsfelder Ökologie, Ökonomie, Soziales, Politik sowie Kultur global und gerecht auszubalancieren.

Dieser Prozess integriert dabei die Ursachen und Wirkungen menschlichen Handelns in ihrer räumlichen<sup>1</sup> Dimension sowie in ihrer zeitlichen<sup>2</sup> Dimension gleichermaßen.

## KONTAKT

Eine Welt Netzwerk Thüringen e.V.  
Kochstraße 1a | 07745 Jena

Fon: +49 (0) 3641 22 49 950

E-Mail: [buero@ewnt.org](mailto:buero@ewnt.org)

Web: [www.ewnt.org](http://www.ewnt.org)

1. Global, kontinental, regional bis lokal  
2. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

## Links und Quellen:

- Mit dem Begriff „Globaler Süden“ wird eine im globalen System benachteiligte gesellschaftliche, politische und ökonomische Position beschrieben. Während in Begriffen wie „Entwicklungsländer“ eine hierarchisierende Vorstellung von „Entwicklung“ zum Ausdruck kommt, der diese Länder zu folgen hätten, wird mit dem Begriffspaar „Globaler Süden“ bzw. „Norden“ versucht, unterschiedliche politische, ökonomische und kulturelle Positionen im globalen Kontext zu benennen. Die Einteilung in Süd und Nord ist dabei nur bedingt geographisch gedacht.
  - Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 25. September 2015
  - Fischer, Cecilia / Scholz, Imme (2015): Universelle Verantwortung: Die Bedeutung der 2030-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung der deutschen Bundesländer, (Discussion Paper 12/2015), Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn, S. 1
  - Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) vom 17. März 2016. Zitiert nach Beschlüsse der Deutschen Länder zur Entwicklungspolitik (1962-2017) auf: Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik ([https://ez-der-laender.de/sites/default/files/bundeslaender/mpk\\_beschluesse\\_1962-2017.pdf](https://ez-der-laender.de/sites/default/files/bundeslaender/mpk_beschluesse_1962-2017.pdf), zuletzt abgerufen am 27.08.19)
  - Thüringer Staatskanzlei: Entwicklungspolitische Leitlinien Thüringen 2018, S. 5 ([https://www.staatskanzlei-thueringen.de/fileadmin/user\\_upload/TSK/Themen/Internationale-Beziehungen/TSK\\_Entwicklungspolitische\\_Leitlinien\\_2019.pdf](https://www.staatskanzlei-thueringen.de/fileadmin/user_upload/TSK/Themen/Internationale-Beziehungen/TSK_Entwicklungspolitische_Leitlinien_2019.pdf), abgerufen am 29.08.19)
  - ebd. S. 3
  - siehe beispielhaft:
    - Entwicklungspolitische Leitlinien Thüringen 2018
    - Die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie 2018
    - Drucksache 6/3201 v. 06.12.16 – Der Beitrag Thüringens zur Umsetzung der Agenda 2030 und des Weltklimavertrags
    - Drucksache 6/6766 v. 01.02.19 – Global nachhaltige Entwicklung in Thüringen stärken
  - zum Hintergrund der ODA siehe [https://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen\\_fakten/oda/hintergrund/leitfaden/index.html](https://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/oda/hintergrund/leitfaden/index.html) und zu den ODA-Leistungen der Länder [https://www.bmz.de/de/zentrales\\_downloadarchiv/Ministerium/ODA/5\\_A1\\_ODA\\_Leistungen\\_der\\_Bundeslaender\\_2012\\_bis\\_2017.pdf](https://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Ministerium/ODA/5_A1_ODA_Leistungen_der_Bundeslaender_2012_bis_2017.pdf)
  - Thüringer Landesamt für Statistik: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen - Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach WZ 2008 in jeweiligen Preisen in Thüringen (<https://statistik.thueringen.de/datenbank/Portrait-Zeitreihe.asp?tabelle=zr002031%7C%7CBruttoinlandsprodukt+und+Bruttowertsch%F6pfung+nach+WZ+2008+in+jeweiligen+Preisen>, abgerufen am 27.08.2019)
  - Thüringer Landtag: Drucksache 6/6766 ([http://parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/70015/global\\_nachhaltige\\_entwicklung\\_in\\_thueringen\\_staerken.pdf](http://parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/70015/global_nachhaltige_entwicklung_in_thueringen_staerken.pdf), abgerufen am 29.09.19)
  - [www.staatskanzlei-thueringen.de/arbeitsfelder/europa-und-internationales/regionalpartnerschaften](http://www.staatskanzlei-thueringen.de/arbeitsfelder/europa-und-internationales/regionalpartnerschaften)
  - <https://www.globalgoals.org/4-quality-education>
  - Die Landesarbeitsgemeinschaft Bildung für nachhaltige Entwicklung Thüringen besteht seit 2016. Siehe auch <http://www.lag-bne-thueringen.de> Eine Übersicht bietet das Thüringer Schulportal: [www.schulportal-thueringen.de/nachhaltige\\_entwicklung/akteure](http://www.schulportal-thueringen.de/nachhaltige_entwicklung/akteure)
- Mehr zur Thüringer BNE Geschichte bietet:  
Singer-Brodowski, Mandy (2016): Lessons Learned - 25 Jahre BNE und außerschulische Umweltbildung in Thüringen Eine Studie zu Entwicklungsstand & Perspektiven, Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen, Erfurt
- <https://einewelt-promotorinnen.de>
  - Drucksache 6/3201 Thüringer Landtag (2016) – „Der Beitrag Thüringens zur Umsetzung der Agenda 2030 und des Weltklimavertrags“
  - Auswärtiges Amt (2017): Nationaler Aktionsplan Umsetzung der VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, S. 4, Bonn
  - Die Zahlen hierzu beruhen meist auf Schätzungen. Sie variieren für die Beschaffungen von Bund, Ländern und Kommunen zwischen 260 Mrd. Euro (2006, entspräche rund 11% des BIP) und 480 Mrd. Euro (2010, entspräche rund 19% des BIP). EU-weit lag der Anteil im Jahr 2013 bei etwa 18 Prozent. Vgl.: CIR, WEED, CoRA (2014): „Quo vadis, Beschaffung? Eine Bestandsaufnahme der sozial verantwortlichen öffentlichen Beschaffung: Reformen, Spielräume, Vorreiter“, S.6, <http://www.ci-romero.de/fileadmin/download/quo-vadis-2015-x10-web.pdf>
  - [https://www.thueringen.de/mam/th6/wirtschaft/verwaltung/2019-08-19\\_gesetz\\_und\\_verordnungsblatt\\_nr\\_9\\_2019.pdf](https://www.thueringen.de/mam/th6/wirtschaft/verwaltung/2019-08-19_gesetz_und_verordnungsblatt_nr_9_2019.pdf) (abgerufen am 28.08.2019)
  - Auswertung der Umfrage zu nachhaltiger Beschaffung in Thüringer Kommunen, Zukunftsfähiges Thüringen, 2018, Kurzfassung (die Zahl bezieht sich auf die Anzahl von 92 (von 276) teilnehmenden Kommunen)
  - Beispielhaft Hamburg: Leitfaden für umweltverträgliche Beschaffung der Freien und Hansestadt Hamburg (<https://www.hamburg.de/contentblob/4672386/cfbb443b11bf08d0ccb2c20d2f5931/data/umweltleitfaden.pdf>, abgerufen am 28.08.19) oder Berlin: Aktualisierter Handlungsleitfaden zur Umsetzung der Verwaltungsvorschrift für die Anwendung von Umweltschutzanforderungen bei der Beschaffung von Liefer-, Bau- und Dienstleistungen (<https://www.berlin.de/senuvk/service/gesetzestexte/de/download/beschaffung/Handlungsleitfaden.pdf>, abgerufen am 28.08.19)
  - SDG 12.7: In der öffentlichen Beschaffung nachhaltige Verfahren fördern, im Einklang mit den nationalen Politiken und Prioritäten.
  - Intergovernmental Panel on Climate Change: Klimawandel und Landsysteme, 2019 (<https://www.de-ipcc.de/254.php>, abgerufen am 27.09.19)
  - 2017: 907 Mio. t oder 0,907 Gt CO<sub>2</sub>, Umweltbundesamt (<https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#textpart-1>, abgerufen am 28.09.19)
  - siehe z.B. BMZ-Strategiepapier 02/2012: Investitionen in Land und das Phänomen des „Land Grabbing“ ([https://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/archiv/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier316\\_2\\_2012.pdf](https://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/archiv/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier316_2_2012.pdf), abgerufen am 28.09.19) oder <https://www.weltagraberbericht.de/themen-des-weltagraberberichts/landgrabbing.html>
  - <https://www.vbio.de/thueringen/news-aus-thueringen/politik-gesellschaft/agrарimpor-te-aus-brasilien-befeuern-umweltzerstoerung-und-konflikte>
  - Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.
  - Fiedler, Charlotte / Mark Furness / Jörn Grävingsholt / Julia Leininger: Die ‚2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung‘ braucht einen kohärenten Fokus auf Governance und Frieden in: Die aktuelle Kolumne (2015), Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)
  - ebd.
  - Gleser, Solveig H. / Schneider, Sebastian: Meinungsmonitor Entwicklungspolitik



2018, Bonn: Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), 2018, S. 51, und siehe hierfür auch ebd. Kapitel 1.1 - Entwicklungspolitisches Handeln benötigt bürgerschaftliche Unterstützung ([https://www.deval.org/files/content/Dateien/Evaluierung/Berichte/2018/Einstellungen\\_EZ\\_web\\_links.pdf](https://www.deval.org/files/content/Dateien/Evaluierung/Berichte/2018/Einstellungen_EZ_web_links.pdf), abgerufen am 28.09.19)

30. Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, Erfurt: Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, 2017, S.5 ([https://www.thueringen.de/mam/th2/tmbwk/jugend/landesprogramm/landesprogramm\\_fur\\_demokratie\\_weltoffenheit\\_und\\_toleranz\\_2017.pdf](https://www.thueringen.de/mam/th2/tmbwk/jugend/landesprogramm/landesprogramm_fur_demokratie_weltoffenheit_und_toleranz_2017.pdf), abgerufen am 28.08.19)
31. Politische Kultur im Freistaat Thüringen - Ergebnisse des Thüringen-Monitors, Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena, 2018, S. 142
32. ebd.: S. 141
33. Basel Convention on the Control of Transboundary Movements of Hazardous Wastes and Their Disposal: ([https://www.bmu.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Download\\_PDF/Abfallwirtschaft/basler\\_uebereinkommen.pdf](https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Abfallwirtschaft/basler_uebereinkommen.pdf), abgerufen am 29.08.19)
34. vgl. Greenpeace Malaysia: The recycling myth Malaysia and the broken global recycling system, 2018 (<https://www.greenpeace.org/malaysia/publication/1233/the-recycling-myth>), S. 4
35. vgl. Jakarta Post: Burning plastic waste harmful to health, Jakarta 2018 (<https://www.thejakartapost.com/life/2018/03/31/burning-plastic-waste-harmful-to-health.html>, abgerufen am 29.08.19) sowie Grant, Kristen et al.: Health consequences of exposure to e-waste: a systematic review in: The Lancet, Volume 1, ISSUE 6, Pe350-e361, December 01, 2013 ([https://www.thelancet.com/journals/langlo/article/PIIS2214-109X\(13\)70101-3/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/langlo/article/PIIS2214-109X(13)70101-3/fulltext), abgerufen am 29.08.19). Siehe auch <https://www.who.int/ceh/risks/ewaste/en/>
36. vgl. <https://ourworldindata.org/co2-and-other-greenhouse-gas-emissions>
37. <https://www.mcc-berlin.net/forschung/co2-budget.html>
38. vgl. Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz: Integrierte Thüringer Energie- und Klimaschutzstrategie ([https://klimastrategie-thueringen.de/ieks/de/home/file/fileId/128/name/IEKS\\_Abschlussbericht%204.0.pdf](https://klimastrategie-thueringen.de/ieks/de/home/file/fileId/128/name/IEKS_Abschlussbericht%204.0.pdf), abgerufen am 29.08.19)
39. vgl. IPCC special report: Global warming of 1.5°C, 2019 ([https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/06/SR15\\_Full\\_Report\\_High\\_Res.pdf](https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/06/SR15_Full_Report_High_Res.pdf), abgerufen am 29.08.19)
40. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.): Migrationsbericht 2006, Bonn, 2017
41. Von internationaler Migration spricht man dann, wenn dies über Staatsgrenzen hinweg geschieht.
42. Mecheril, Paul et al.: Migrationspädagogik, Weinheim und Basel: Beltz Verlag, 2010 [kursiv im Original]
43. Arndt, Susan (Hrsg.): Wie Rassismus aus Wörtern spricht: (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache, Münster: Unrast-Verl., S. 157
44. Migration und „Entwicklung“: Perspektiven einer migrationsgerechten Eine Welt-Arbeit – working paper des agl – Fachforums „Migration, Diaspora und Entwicklung“, Berlin: Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e. V., S. 5
45. Quelle UNHCR: <https://www.unhcr.org/dach/de/services/statistiken>
46. z.B.: Türkei (3,7 Mio.), Pakistan (1,4 Mio.), Uganda (1,2 Mio.), Sudan (1,1 Mio.), Libanon (0,9 Mio.), Iran (0,9 Mio.), Jordanien (0,7 Mio.), Tschad (0,6 Mio.) Guatemala (0,1 Mio.), Quelle: UNHCR, Stand 2018
47. Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (Hrsg.): Das Thüringer Integrationskonzept – für ein gutes Miteinander, Erfurt, 2017, S. 8
48. [www.un.org/depts/german/migration/A.CONF.231.3.pdf](http://www.un.org/depts/german/migration/A.CONF.231.3.pdf)



**WAHLGLOKAL-EWNT.ORG**



**#WAHLGLOKAL**